



## Mitglieder der Verwaltung

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	gesamte Sitzung
Frau Hein	Leiterin Finanzverwaltung	TOP 2.1.
Herr Krämer	Leiter Büro OB	gesamte Sitzung
Frau Läser	Pressesprecherin	TOP 3.2.
Herr Löffler	Leiter FG Stadtplanung und Umwelt	TOP 2.1.
Herr Richter	Justiziar	TOP 2.1.
Herr Wandtke	MA Büro OB	alle TOP's öffentlicher Teil

## weitere Sitzungsteilnehmer

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Dietrich, Freie Presse	Berichterstattung öffentl. Teil

## **Tagesordnung: öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.1. Tagesordnung
  - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.09.2023
  - 1.3. Beantwortung von Anfragen
  - 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Beschlussfassung**
  - 2.1. Petition auf Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen  
**Drucksachenummer: 0899/2023**
3. **Vorberatung**
  - 3.1. Sitzungskalender 2024 für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
**Drucksachenummer: 0904/2023**
  - 3.2. 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Stadt Plauen, **Drucksachenummer: 0870/2023**
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die 37. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion, und Stadträtin Sabine Schumann AfD-Fraktion, bestimmt.

### **1.1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung für die 37. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

## **1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.09.2023**

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.09.2023 fest.

## **1.3. Beantwortung von Anfragen**

Es gibt keine offenen Anfragen

## **1.4. Informationen des Oberbürgermeisters**

Es gibt keine Informationen des Oberbürgermeisters.

## **2. Beschlussfassung**

### **2.1. Petition auf Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf Einweg-Takeaway-Verpackungen, Drucksachenummer: 0899/2023**

Oberbürgermeister Zenner führt kurz zur Vorlage aus und verweist auf den § 12 SächsGemO.

Herr Richter, Justiziar, erläutert die rechtlichen Grundlagen. Er führt aus, dass der Petent innerhalb von sechs Wochen einen Bescheid über seine Petition erhalten muss. Es erfolgte bislang ein Zwischenbescheid. Er teilt mit, dass Tübingen bereits eine solche Steuer eingeführt hat. Sollte der Petition stattgegeben werden, so wird eine Vorlage für den Stadtrat zum Erlass der entsprechenden Satzung erstellt. Er verliert einen Teil des Sachverhaltes der Vorlage.

Oberbürgermeister Zenner fasst zusammen, was die Stadt bereits zur Vermeidung von Verpackungsmüll getan hat. Er merkt an, dass sich die Gastronomen in schwierigen Zeiten befinden. Er spricht sich dafür aus, abzuwarten bis es eine zentrale Lösung und gegebenenfalls eine Mustersatzung gibt.

Herr Löffler, Leiter FG Stadtplanung, informiert, dass es bereits eine Pflicht zum Anbieten von Mehrweggeschirr gibt. Er erläutert, die Kooperationsvereinbarung zu einheitlichen Mehrweggeschirr, welche für Plauener Gastronomen geplant ist.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass es problematisch sein wird, die richtige Erhebungshöhe festzulegen. Er regt an, die Gastronomen auf freiwilliger Basis für die Verwendung von Mehrweggeschirr zugewinnen.

Frau Hein, Leiterin Fachbereich Finanzverwaltung, teilt mit, dass der Bund das Einweg-Kunststoff-Fondsgesetz erlassen hat, welches zum 01.01.2024 in Kraft tritt. Somit würde bei Beschluss für eine örtliche Steuer eine Doppelbesteuerung vorliegen. Zudem hat Mc Donalds eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Sie schlägt vor, die rechtlichen Entwicklungen abzuwarten. Sollte das Gesetz in Kraft treten, bestände nur die Möglichkeit auf Pappverpackungen Steuern zu erheben. Ihrer Meinung nach, ist hier eine bundeseinheitliche Regelung erforderlich, ansonsten wird die Arbeit der großen Ketten erschwert.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, äußert, dass die Petition in die richtige Richtung geht, warnt aber gleichzeitig vor dem Vergleich mit Tübingen und der Einführung einer örtlichen Steuer. Er befürchtet einen großen Verwaltungsaufwand dahinter. Dies würde dem Ziel Bürokratie abzubauen, zuwiderlaufen. Er spricht sich für ein einheitliches System aus.

Oberbürgermeister Zenner schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages im Falle einer Ablehnung der Petition vor. Gleichzeitig könnte mit beschlossen werden, dass rechtliche Entwicklungen abzuwarten sind und die in der Stellungnahme unter II aufgeführten Maßnahmen

men in der Umsetzung weiter vorangetrieben werden. Er hofft, dass sich die Gastronomen anschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschluss der Vorlage ***Drucksachenummer 0899/2023*** wie folgt zu.

**Beschluss:**

Der Verwaltungsausschuss beschließt,

- a) die Petition anzunehmen und beauftragt die Stadtverwaltung mit der Umsetzung.
- b) die Petition abzulehnen und dem Petenten eine begründete Antwort zu zuleiten.

**Abstimmungsergebnis Punkt a):**

**keine Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, zwei Stimmenthaltungen**

**Erweiterung Beschluss b)**

Der Verwaltungsausschuss beschließt,

**b) die Petition abzulehnen und dem Petenten eine begründete Antwort zu zuleiten, *rechtliche Entwicklungen sind abzuwarten und die im Sachverhalt unter II aufgeführten Maßnahmen sind in der Umsetzung weiter voranzubringen.***

**Abstimmungsergebnis Punkt b):**

**8 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, zwei Stimmenthaltungen**

**3. Vorberatung**

**3.1. Sitzungskalender 2024 für den Stadtrat und seine Ausschüsse**

***Drucksachenummer: 0904/2023***

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass die Stadtverwaltung am 04.10.2024 und 01.11.2024 Betriebsruhe haben wird. Er nennt Gründe dafür. Weiterhin informiert er, dass darauf Wert gelegt wurde, dass die Ferienzeiten in 2024 freigehalten wurden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, stellt fest, dass nur neun statt zehn Stadtratssitzungen geplant sind. Er möchte wissen, ob dies mit den Neuwahlen zu tun hat. Er befürchtet, dass es erneut zu Mammutsitzungen kommt.

Oberbürgermeister Zenner sieht die Sitzungsdauer der letzten Stadtratssitzung ebenfalls kritisch. Er bestätigt, dass die Anzahl mit den Neuwahlen zu tun hat.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthält, da ihre Fraktion einen Änderungsantrag einbringen möchte. Ferienzeiten bräuchten nicht freigehalten werden, jedoch aber die Sitzungen des Kreistages.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass die Vertretungsregelungen im Bildungs- und Sozialausschuss ausreichend sind, um eine Teilnahme im Kreistag zu gewährleisten. Er ist verwundert, dass die Ferien nicht berücksichtigt werden sollen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der ***Drucksachenummer 0904/2023*** zu.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Sitzungskalender 2024 für den Stadtrat der Stadt Plauen und seine Ausschüsse gemäß Anlagen

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, eine Stimmenthaltung**

**3.2. 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Stadt Plauen, Drucksachenummer: 0870/2023**

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass die Änderung mit den Stadträten erarbeitet und bereits im Vorfeld diskutiert wurde.

Frau Läster, Leiterin FG Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, fasst die maßgeblichen inhaltlichen Änderungen zusammen. Hierzu zählen die Änderung des Turnus, Beschränkung der Anzahl der Ehrungen, Einführung der Ehrennadel und die Möglichkeit von Bürgervorschlägen.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass es nicht um finanzielle Beweggründe geht. Er möchte die Ehrungen aufwerten.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass es bei der Marinekameradschaft bereits eine Ehrennadel gibt, die ab einer bestimmten Stückzahl wesentlich günstiger ist. Er regt an, dass vertraglich geregelt werden sollte, dass die Designkosten nur einmalig anfallen und eventuelle Änderungen eingeschlossen sind.

Er stellt fest, dass der § 3 Abs. 2 Ziffer 4 der Änderungssatzung unglücklich formuliert ist. Er beantragt, dass dieser Punkt in „Verdiensten um den sozialen Zusammenhalt“ geändert wird. Des Weiteren möchte er den Punkt 4 um den Satz „und das kulturelle Leben in der Stadt“ erweitern.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, auch den sportlichen Aspekt mit aufzunehmen.

Herr Krämer, Leiter Büro OB, stellt fest, dass dies bereits im nachfolgenden Absatz enthalten ist.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, erklärt, dass die Formalitäten zur Rede in § 2a Abs. 1 der Änderungssatzung seiner Meinung nach nicht festgeschrieben werden sollten. Er stellt einen Antrag zur Streichung dieses Absatzes.

Frau Läster rät davon ab und nennt Gründe dafür.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, diese Passage nicht zu streichen aber kurzzufassen.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik stellt den Antrag in diesem Absatz das Wort „Partei“ durch „Fraktionen“ zu ersetzen.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., beantragt, dass in § 3 Abs. 2 im zweiten Abschnitt die „Nr. 5 Umwelt“ ergänzt wird. Sie stellt fest, dass die Änderungssatzung nur die männliche Form enthält und bittet zumindest einen allgemein gültigen Satz einzufügen.

Oberbürgermeister Zenner stimmt sich bezüglich der Formulierung mit Stadträtin Seidel ab.

Herr Wolfgang Schmidt, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, tut sich schwer mit den allgemeingültigen Begriffen, wie z. B. Förderung der Demokratie. Es sollten eindeutige Begriffe verwendet werden.

Oberbürgermeister Zenner stimmt dem zu, ist aber der Meinung, dass über die Ehrung der Stadtrat entscheidet und somit dieses Problem geklärt wird.

Herr Uwe Geisler, sachkundiger Einwohner FDP-Fraktion, äußert Bedenken, auf Grund des Alters der Persönlichkeiten die Ehrungen zu limitieren. Er regt an, die Ehrennadel auch für sachkundige Einwohner zu verleihen.

Oberbürgermeister Zenner stimmt dem zu. Er merkt an, dass in anderen Städten ein Ehrenbürgerrecht erst verliehen wird, wenn ein Ehrenbürger verstorben ist.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion, teilt mit, dass er der Vorlage nicht zustimmen wird, da er ebenfalls die Bedenken von Herrn Geisler teilt. Er stellt fest, dass in der Vergangenheit in einem Jahr mehrere Ehrungen erfolgten und es dann über mehrere Jahre keine Ehrungen gab. Er spricht sich für den jährlichen Turnus aus. Die Änderung der Mehrheiten für die Verleihung einer Stadtplakette sieht er positiv.

Oberbürgermeister Zenner stimmt sich über den Antrag zur Streichung des letzten Satzes in § 2a Abs. 1 Änderungssatzung mit Stadtrat Schmidt ab.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik beantragt, dass wenn dieser Antrag abgelehnt wird, das Wort „Partei“ in diesem Absatz durch „Fraktionen“ zu ersetzen.

Stadtrat Gerbeth beantragt bei vorgenanntem Satz nach „durch“ die Worte „ein Stadtratsmitglied oder den Oberbürgermeister“ einzufügen und den restlichen Teil zu streichen. Er gibt zu bedenken, dass dieser Satz sonst zu viele Optionen offenlässt.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender AfD-Fraktion, merkt zur geschlechterspezifischen Sprache an, dass in der Einleitung von „Persönlichkeiten“ die Rede ist und dies alle Geschlechter umfasst.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über die Änderungsanträge und den Beschlussvorschlag wie folgt ab.

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion:**

In § 2a Abs. 1 der 3. Änderung der Satzung zur Ehrung verdienter Persönlichkeiten der Stadt Plauen (Ehrensatzung) soll der letzte Satz gestrichen werden.

**Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:  
drei Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen, vier Stimmenthaltungen**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion:**

In § 2a Abs. 1 der 3. Änderung der Satzung zur Ehrung verdienter Persönlichkeiten der Stadt Plauen (Ehrensatzung) soll der letzte Satz wie folgt geändert werden:  
„Die Rede zur Würdigung des zu Ehrenden *soll durch ein Stadtratsmitglied oder den Oberbürgermeister gehalten werden.*“

**Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:  
7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion:**

In § 3 Abs. 2 Nr. 4 der 3. Änderung der Satzung zur Ehrung verdienter Persönlichkeiten der Stadt Plauen (Ehrensatzung) soll es „Verdiensten *um den* sozialen Zusammenhalt“ heißen.

**Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:  
10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.:**

In § 3 Abs. 2 der 3. Änderung der Satzung zur Ehrung verdienter Persönlichkeiten der Stadt Plauen (Ehrensatzung) soll im zweiten Textabschnitt die „*Nr. 5 Umwelt*“ ergänzt werden.

**Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:  
9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, eine Stimmenthaltung**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.:**

Eine geschlechterspezifische Anrede soll ermöglicht werden. Dazu wird in der Präambel ein entsprechender Generalpassus eingefügt.

**Abstimmungsergebnis Änderungsantrag:  
zwei Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, zwei Stimmenthaltungen**

**Erweiterung Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Stadt Plauen (Ehrungssatzung) **inklusive der abgestimmten Änderungen** gemäß der Anlage 1 und dass die nächste Verleihung entsprechend § 2a Absatz 1 im Jahr 2025 stattfindet.

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, eine Stimmenthaltung**

**4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass sich seine Anfrage aus dem letzten Verwaltungsausschuss zur Instandsetzung der Friedhofsmauer des Friedhofs I erledigt hat, da die Bauarbeiten abgeschlossen wurden. Er möchte nun wissen, ob es konkrete Planungen gibt, das Grabfeld S auf dem Friedhof I würdig wiederherzurichten.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Sven Gerbeth, FDP-Fraktion, möchte wissen, mit welchen Tätigkeiten die ehemalige Citymanagerin, Frau Matthes, in den vier Monaten ihrer Beschäftigung tätig war. Eine kurze Übersicht würde ihm ausreichen.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung durch Herrn Körner zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner  
Oberbürgermeister

Sven Gerbeth  
Stadtrat

Plauen, den 17.10.2023

Plauen, den

Kristin Martin  
Schriftführerin

Sabine Schumann  
Stadträtin